

Wolffsche



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 281

Schärfste Maßnahmen gegen widerspenstige Truppen.

Der Abtransport aus dem Baltikum.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Der Reichswehrminister hat einen besonderen Offizier nach dem Osten geschickt, der ihm täglich Nachrichten über die dortige Lage erstattet. Gegen die Truppen, die sich noch dem Abtransport aus dem Baltikum und Litauen widersetzen, werden die schärfsten Maßnahmen angewendet werden.

Das Loch im Westen.

Von unterrichteter Stelle werden einem unserer Mitarbeiter die folgenden Mitteilungen gemacht:

Das Loch im Westen wird von der deutschen Regierung so länger, desto verheerlicher empfunden. Man befürchtet, daß durch diese Deffnung, die unkontrollierbar zu immer weiterem Abströmen deutscher Vermögenswerte führt, nicht nur die innere deutsche Wirtschaft in ihren Bedingungen des Wiedereinfuhrverkehrs behindert, sondern geradezu die lokale Durchführung des Friedensvertrages durch das Schwenden der wirtschaftlichen Unterlagen der deutschen Zahlungsmittel in Frage gestellt werden könnte. Man versteht nicht, wie die Regierungen der Alliierten ihr eigenes Interesse in solcher Weise verkennen können, daß sie das Augenblicksinteresse sogenannter einzelner Kaufleute mit beherrschender ökonomischer Moral hinter dem Allgemeininteresse, das im Grunde zwischen Deutschland und den Alliierten identisch ist, nämlich das Wiedererstehen der deutschen Wirtschaft unter einer vertragsstreuen Regierung, hintanziehen.

So mußte beispielsweise die deutsche Lederbewirtschaftung, die einen wichtigen Preis für Schuhwerk für die unteren Volksschichten in gewissem Umfang sicherstellte, aufgehoben werden, weil sie durch das illegale Zutrommen des ausländischen Materials und durch die Einschränkung der Bewirtschaftung in dem von den Alliierten besetzten Gebiet unbrauchbar gemacht wurde. Es ergaben sich daraus Preise für Schuhwaren, die im kommenden Winter für einen größeren Teil der ärmeren Bevölkerung unerschwinglich sind und infolgedessen bedenkliche politische Folgen zeitigen können. Unter dem Regime des Bezugsheims kostete ein Paar Arbeitsschuhe zuletzt etwa 40-50 Mark, beim freien Markt ist ein solches Paar nicht mehr unter 150 Mark zu haben, kostet aber durchweg auch in schlechter Qualität weit mehr. Und selbst die gemeinnützige Gesellschaft, die von der Regierung gegründet wird, um der ärmeren Bevölkerung wenigstens einen Notbedarf für Schuhwaren zur Verfügung zu stellen, kann nicht entfernt zu den früheren Höchstpreisen kommen. Eine Wiedereinführung einer öffentlichen Bewirtschaftung, die von weiten Volkskreisen nachdrücklich verlangt wird, kann aber wegen der fortgesetzt von Westen drohenden Gefahr nicht in Betracht kommen, da jede Bewirtschaftungsmaßnahme durch das Loch im Westen schnell zum Vorteil des illegalen Handels hüben und drüben nutzlos gemacht werden würde.

Das Bedenkliche an diesem Zustande ist, daß beide Parteien systematisch daran gewöhnt werden, nicht nur Gesetze des Staates, sondern auch der bisherigen kaufmännischen Moral zu umgehen, so daß eine Verfeinerung der Geschäftsmoral auf beiden Seiten die unerfreuliche Folge ist.

Minister Heine

über die sozialdemokratischen Landräte

Der Haushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung legte am Mittwochabend die Beratung des Etats der Regierung fort. Zunächst wurde mitgeteilt, daß der Senatrat in die ihm zugewiesenen Räume in den Zelten übersiedelt. Die Deutsch-nationalen wiederholten ihre Angriffe auf die Staatskommissare und Arbeiterräte.

Staatsminister Heine erklärte, daß die Arbeiterräte, Beigeordneten usw. durch Verordnung der Reichsregierung vom 13. Januar 1919 sanktioniert seien, diese Verordnung sei aber nur vorübergehend gedacht und Staat wie Gemeinden Warten nach seiner Ansicht nicht gezwungen werden, solche Ausgaben fortzusetzen zu machen. Der Wechsel von Beamten sei oft politische Notwendigkeit. Vielen Beamten mit anderer Anschauung, die doch im Dienst geblieben seien, habe die Regierung zu danken. In hohem Maße sei aber die Regierung den Staatskommissaren zu dank verpflichtet. Die Eindämmung der Streiks in Westfalen und Oberschlesien wäre keinen Staatsbeamten möglich gewesen. Von 50 Kreisen mit sozialdemokratischer Mehrheit seien bis jetzt nur 11 durch einen sozialdemokratischen Landrat besetzt. Wo in Kreisen mit nichtsozialdemokratischer Mehrheit ein Sozialdemokrat als Landrat eingesetzt worden sei, habe dies in jedem Fall die gewöhnliche Bewirtschaftung zur Folge gehabt.

Auf die Frage des unabhängigen Sozialdemokraten Stöcker, wie die Regierung sich zur Anstellung von unabhängigen Sozialdemokraten als Landräte stelle, antwortete der Minister, daß er den unabhängigen Bürgermeistern in Zeit und andere Unabhängige als Beigeordnete bestätigt habe. Im Falle Vögts bestimmt nur persönliche Gründe die Nichtbestätigung. Es

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 25. September.

Die Polenführer Wroblewski, Korjanty und Diamant sind heute von Posen nach Berlin abgereist, um die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen vorzubereiten.

gebts aber auch Unabhängige, die sich von Spartakus gar nicht unterscheiden, so daß wohl auch manchmal aus politischen Gründen die Bestätigung versagt werden könne.

Angenommen wurde ein Antrag, der zu gegebener Zeit Nachstufung über die Verwendung der früheren kaiserlichen Schlichter verlangt. Ein anderer einstimmig angenommener Antrag verlangt Nachstufung über die außerparlamentarischen Verhandlungen für Beigeordnete bei staatlichen Zentralinstanzen, parlamentarische Unterstaatssekretäre usw. Bei Stimmabgabe der Sozialdemokraten wurde ein Antrag angenommen, der die Staatsregierung ersucht, den Bestreben von auf Lebenszeit verliehenen preussischen Orden Gelegenheit zu geben, die Orden gegen Zahlung eines angemessenen Preises eigentümlich zu erwerben.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde ein Antrag angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, alle Zahlungen aus Staatsmitteln für die den Provinzial- und Lokalbehörden beigeordneten Volksbeauftragten einzustellen. An Stelle des Antrags der Deutschnationalen, der Examen für politische Beamte verlangt, wurde folgender Antrag der Mehrheitspartei angenommen:

Die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Ernennung aller Beamten insbesondere auch der sogenannten politischen Beamten, mit größter Sorgfalt darauf zu achten, daß die zu ernennenden Beamten dem Amte in jeder Beziehung gewachsen sind, und dadurch den Anschein zu vermeiden, als sei für derartige Ernennungen lediglich die parteipolitische Gesinnung oder Befähigung eines Bewerbers maßgebend gewesen.

Lohnverhandlungen im Bergbau.

B. L. B. gibt bekannt: Heute nachmittag finden in Essen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden statt, in denen eine endgültige Regelung der Lohnerhöhungen für die Bergarbeiter vorgenommen werden soll. Die Lohnerhöhungen sollen vom 1. Oktober ab gezahlt werden. Man hofft dadurch die Arbeitslust im Bergbau zu steigern.

Anerkennung der Arbeiterverbände im besetzten Gebiet. Die Franzosen haben im Bereich der 10. Armee das bei Belangheit der dortigen Machtverhältnisse erlassene Streikverbot aufgehoben. Die Franzosen erkennen nunmehr die Reichsverordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiterausschüsse und Schlichtungsausschüsse auch im besetzten Gebiete an.

Neues Moskauer Friedensangebot?

os Rotterdam, 25. September.

Nach den Berichten der englischen Presse ist ein Friedensangebot der bolschewistischen Regierung nach London unterwegs. Die „Times“ will aus guter Quelle aus Helsinki wissen, die Regierung von Nordrußland habe um Erlaubnis gebeten, nach Helsinki zu kommen. Es sei ihr das bisher verboten worden. Ferner wird berichtet, die estländische Regierung hätte Maßregeln getroffen, um zu verhindern, daß russische antibolschewistische Truppen nach Reval kommen.

Die Streiks in den Küstenstädten.

In Bremen dauert der Streik der Straßenbahner und Hafenarbeiter an. Die Arbeit im Hafen wird von Freiwilligen unter dem Schutz der Stadtwehr aufrecht erhalten. Die für gestern geplante Demonstration ist wegen Mangel an Beteiligung ausgefallen.

In Hamburg streiken mehr als die Hälfte aller Seesleute. Gestern konnten zwei Schiffe, die für die Abholung eines Gefangenentransports aus England bestimmt waren, wegen Mangel an Mannschaften nicht auslaufen.

Der Seemannsstreik in Stettin hat bei dem geringen Seefahrtverkehr, der augenblicklich herrscht, so gut wie keine Bedeutung. Störungen im Lössen und Laden der Schiffe sind bisher noch nicht vorgekommen. Es stand den Arbeitswilligen, die noch genügend vorhanden sind, um das Lössen und Laden zu bewirken, auch polizeilicher Schutz zur Verfügung. Eine Einigung mit den streikenden Arbeitern der Gaswerke konnte bisher noch nicht erzielt werden. Die Neigung zur Fortsetzung des Streiks hat allerdings beträchtlich nachgelassen. Nur ein kleiner Teil der radikalen Elemente ist für die Fortsetzung

Renner Westorientierung.

Von
Karl Lahn,

Berichterstatter der Wolffschen Zeitung.

Wien, 25. September.

Als der Staatskanzler in der offiziellen „Wiener Abendpost“ vor einer Woche das neue Schlagwort der Westorientierung ausgab, haben seine intimsten politischen Gegner, die bisher seine Geschicklichkeit bewunderten, sich vernünftigt die Hände gerieben. Endlich glaubten sie, ihr in ihren Nezen gefangen zu haben. Das war ja genau das Ziel, dem Kaiser Karl unter Anleitung seiner Schwiegermama Parma zustrebte: das Heil für Wien (Habsburg!) im Westen suchen, sei es auch um den kleinen Preis, Verrat am deutschen Volke zu üben. Dr. Renner ist gewiß selbst am wenigsten erbaut gewesen von der Wirkung seiner neuen Botsung; er hat seitdem eine Reihe von Erklärungen geben lassen, wie sie gemeint sei. Ein deutsch-österreichischer Sozialdemokrat — und das ist Dr. Renner — könnte die deutsche Botsung Viktor Adlers so schnell vergessen? Aber nein! Der Staatskanzler ist eben nur ein ganz schlauer Seefahrer, der sein Segel nach dem Winde dreht. Ein Stückchen westlicher Kurs kann doch nichts schaden!

„Westorientierung“, so erklärte man, „das ist das Gegenteil von Ostorientierung. Mit der haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. Deshalb wenden wir uns von den Slaven und Magaren wie Rumänen ab. Es ist also auch das Gegenteil von Donauföderation. Die Westmächte haben uns Entgegenkommen gezeigt; wir wenden deshalb den Blick nach Westen.“ — Aber das ist dann auch eine Abkehr von Deutschland? Da hieß es: „Keineswegs. Wir bleiben in Freundschaft mit den lieben Brüdern im Reich. Weil uns jedoch der Anschluß verboten wurde, vertrieben wir uns hübsch folglos auf später und spielen die Ententisten.“ — „Deutsch-Österreich will nunmehr sein wirtschaftliches Leben und seine staatliche Ordnung nach dem Muster des europäischen Westens einrichten.“ Was man in der offiziellen „Wiener Abendpost“ las, was war damit gemeint? War etwa die französische Republik mit ihren Einrichtungen das Ideal? Oder sollte das englische Regierungssystem nachgemacht werden? Diesmal merkte man aus dem verlegenen Drumherumreden, daß den Westmächten bloß damit Schmeicheleshaftes gesagt werden sollte. Deren „Entgegenkommen“ hatte sich im Friedensvertrage von Saint-Germain vor allem im Zusprechen von dreieinhalb Millionen Deutsch-Österreichern gezeigt; für späterhin versprochen sie allerdings ihre Teilnahme an einer ausgedehnten Konkursverwaltung.

Einige fanden, daß Dr. Renner etwas überarbeitet sein müsse, was auch nach der Niesenaufgabe in Saint-Germain kein Wunder wäre. In dem Augenblick, wo er nach der Unterzeichnung einen Ausspann verdient hätte, fand er in Wien eine sehr schwierige Lage vor, an deren Bewältigung er indessen einigen Anteil hatte. Es kriegte in der Regierung, in der sogenannten schwarz-roten Koalition der Nationalversammlung und obendrein auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbst. Bei aller gutmütigen Biegbarkeit, die den staatsmännischen Charakter Dr. Renners auszeichnet, strebt er doch zielbewußt nach rechts hin. Man nimmt allgemein an, daß die deutsch-österreichische Sozialdemokratie im Lande an Boden verloren hat und daß sie bei den nächsten Wahlen an Mandaten verlieren wird. So führt denn die Christlich-sozialistische Partei eine lautere Sprache. Vor seiner zweitletzten Fahrt nach Saint-Germain hatte Dr. Renner schon eine Kabinettsveränderung zugesagt; wenn er mit dem fertigen Friedensvertrag wiederkomme, werde er unter dem Vorwand, dem Parlament freie Hand zu lassen, den Gesamtrücktritt anmelden. Es kam anders. Die Parteigenossen schienen nicht gewillt, sich durch freundliches Zureden schrittweise von der Macht verdrängen zu lassen.

Die „Koalitionsregierung“ war auch deshalb zunächst nicht durchführbar, da die Großdeutsche Vereinigung, die Bürgerlichen, die von Anfang an nicht in die schwarz-roten Kompromisse hinein wollten, den Friedensvertrag und, vor seiner Ratifizierung, auch den Anteil an der Verantwortung ablehnten. Dr. Renner bekam von den Großdeutschen, die seiner neuen Politik mißtrauten, sogar die Antwort, „daß sie der westlichen Orientierung mit aller Schärfe entgegenstehen, weil sie die Gefahren des alten französischen Planes zur Errichtung einer Donauföderation unter slawischer Regierung sehen, die sich zum Grabe des gesamten Aufstiegs gestalten würde.“ Es war nicht nur ein französischer Plan. Abg. Dr. Schönbauer, der als Parteivertreter in Saint-Germain zugegen war, erklärte jüngst auf dem Salzburger Bauerntage: „Besonders England hat in den letzten Tagen alles darangesetzt, den Donaubund zustande zu bringen.“ Um Deutsch-Österreich für diesen Plan zu gewinnen, war ihm in letzter Stunde Marburg versprochen worden. Aber die Südslaven verzichteten lieber auf die Donauföderation als auf diese überwiegend deutsche Stadt. Auch die Tschechen wollten nichts von der Föderation wissen; Präsident Masaryk wiederholte noch vor ein paar Tagen am Röhlen stützenden Wiener Stadträte, daß eine Donauföderation „nur eine Wiederauferstehung des alten Österreich bedeuten würde“, weshalb er sich dagegen